Rielingshausen und die Gemeindereform

Vor 50 Jahren schloss sich Rielingshausen der Stadt Marbach an

Band 76/2022

Rielingshausen und die Gemeindereform

Vor 50 Jahren schloss sich Rielingshausen der Stadt Marbach an

von Albrecht Gühring,
Möglingen; Diplom-Archivar (FH), seit 1990 Stadtarchivar in Marbach; zweiter Vorsitzender des Historischen Vereins für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.; Publikationen zur Orts-, Familien- und Landesgeschichte.

In der urkundlich seit dem Jahr 776 greifbaren Geschichte von Rielingshausen markiert der 1972 erfolgte Anschluss an die Stadt Marbach eine wichtige Zäsur. Dieser Anschluss vollzog sich im großen Rahmen der baden-württembergischen Kreis- und Gemeindereform, die seinerzeit im ganzen Land die Lokalpolitik beschäftigte und vielerorts auch in der Bevölkerung die Gemüter erhitzte.

Das Ringen um die beste Lösung

Ein erstes Anzeichen für Gebietsveränderungen war ein Erlass des Landratsamtes Backnang vom 26. Februar 1970 an die Kreisgemeinden, zu denen seit 1938 auch Rielingshausen gehörte. Zum ersten Mal war die Rede von Neueinteilungen der Landkreise und dem möglichen Zusammenschluss von Gemeinden. Ein Paukenschlag war dabei die Auflösung des Kreises Backnang und dessen komplette Integration in den Landkreis Waiblingen. Es war dabei vorgesehen, Rielingshausen und Kirchberg zusammenzuschließen.

Eine andere, schon früher angedachte Alternative war die Eingliederung einer selbstständigen Gemeinde Rielingshausen in den Landkreis Ludwigsburg. Diese Variante fand im Gemeinderat Anfang 1970 eindeutige Zustimmung. Hingegen sprach man sich vehement gegen die geplante Zuordnung zum Kreis Waiblingen aus. Auch die Bürgerschaft durfte auf einer Bürgerversammlung am 22. März 1970 abstimmen. Außer einer Enthaltung und einer Stimme für Waiblingen stimmten alle Anwesenden »spontan für den Anschluss an den Kreis Ludwigsburg«.

Zur Verhinderung der Eingemeindung oder eines Zusammenschlusses war geplant, mit Marbach und Erdmannhausen eine Verwaltungsgemeinschaft zu gründen. Ein Nachbarschaftsverband wurde gegründet und vorsorglich stellte die Gemeinde beim Innenministerium einen Antrag auf Eingliederung in den Kreis Ludwigsburg. Tatsächlich wurde die Gemeinde Rielingshausen im Frühsommer 1971 vom Regierungspräsidium dem Verwaltungsraum Marbach am Neckar zugeschlagen.

Die erste Sitzung des Nachbarschaftsausschusses am 27. Januar 1972 war enttäuschend, da Erdmannhausen im Falle eines

Zwei Postkarten aus den 1960er Jahren.

Zusammenschlusses der drei Gemeinden hohe Forderungen zum Nachteil von Rielingshausen stellte. Aber auch Rielingshausen legte Marbach einen Aufgabenkatalog für den Fall einer Eingemeindung vor.

Ungeachtet der ungewissen Zukunft der Gemeinde fand am 24. Oktober 1971 eine Gemeinderatswahl auf drei Jahre statt. Drei Sitze errang die Freie Wählervereinigung und zwei Sitze die Unabhängige Wählervereinigung. Im Mitteilungsblatt vom 29. Oktober schrieb der seit 1956 amtierende Bürgermeister Reinhold Kreßmann: »Durch das faire und sachliche Verhalten vor der Wahl ist eine gute Zusammenarbeit zwischen den Gemeinderatsmitgliedern von Anfang an möglich. Dies ist Voraussetzung, wenn die Arbeit erfolgreich sein soll und die heranstehenden Probleme, man denke nur an die Verwaltungsreform und die hierfür erforderlichen schwerwiegenden Entscheidungen, gelöst werden sollen.« Interessant sind auch seine weiteren Ausführungen: »Erfreulich ist, dass sich doch immer wieder einige Männer (vielleicht auch einmal eine Frau?) bereitfinden, dieses undankbare Amt des Gemeinderats anzunehmen.«

Klares Bürgervotum

Völlig überraschend ging Anfang 1972 noch ein weiteres Eingemeindungsangebot von Steinheim ein. Am 17. Februar 1972 fand eine Bürgerversammlung statt, bei der die Angebote der Städte Marbach und Steinheim erläutert wurden. Direkt danach beschloss der Gemeinderat, am 20. Februar 1972 eine Bürgerbefragung durchzuführen. Die beiden Möglichkeiten lauteten: »Sind Sie a) für den Anschluss an die Stadt Marbach am Neckar? b) für den Anschluss an die Stadt Steinheim an der Murr?«

676 der 1031 stimmberechtigen Personen gaben ihr Votum ab. Acht Stimmen waren ungültig. Für Marbach entschieden sich 447 Personen (66,12 Prozent), für Steinheim 221 (32,69 Prozent). Das Abstimmungsergebnis war damit eindeutig. So war der Weg frei für eine Bürgeranhörung am 19. März 1972, bei der die Frage lautete: »Sind Sie für die Eingliederung der Gemeinde Rielingshausen in die Stadt Marbach am Neckar?« Bei einer Wahlbeteiligung von 61,69 Prozent stimmten 501 Personen mit ja und 129 mit nein. Daraufhin beschloss der Gemeinderat Rielingshausen am 20. März mit 10 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme die Eingliederung der bisher selbstständigen Gemeinde Rielingshausen in die Stadt Marbach zum 1. Juli 1972.

Noch am selben Abend unterzeichneten Bürgermeister Kreßmann und der Marbacher Bürgermeister Hermann Zanker in der Gemeindehalle Rielingshausen den Eingemeindungsvertrag. Zanker betonte, dass sich die Stadt Marbach der Verpflichtungen, die aus der Abstimmung hervorgingen, bewusst sei, und dass sich die Schillerstadt des Vertrauens der Rielingshäuser Einwohner würdig erweisen wolle.

Fortan war Rielingshausen mit seinen 1630 Einwohnern ein Marbacher Stadtteil und gehörte somit zum Landkreis Ludwigsburg. Am 17. April erfolgte noch die urkundliche Genehmigung des Regierungspräsidiums Nord-Württemberg. Ein netter Aspekt am Rand: Der Vorschlag von Gemeinderat Wildermuth wurde angenommen, »an die Schulkinder und die Kindergartenkinder am Samstag, 1. Juli ein Brötchen und eine Wurst bzw. Schneckennudel zu verteilen«.

Gemäß dem Eingliederungsvertrag durfte Rielingshausen fünf Gemeinderatsmitglieder nach Marbach entsenden, die en bloc gewählt wurden. Ein Rielingshäuser Gemeinderat machte Bedenken gegen diesen Wahlmodus geltend. Die Stadt Marbach bat diesbezüglich beim Regierungspräsidium um Klärung. Letzteres teilte mit, dass für jeden der fünf Sitze ein einzelner Wahlgang durchzuführen sei. In Rielingshausen war

Unterzeichnung des Eingemeindungsvertrags am 20. März 1972. Von links: Hans Wahl (stellv. Bürgermeister Rielingshausen), Hermann Zanker (Bürgermeister Marbach) und Reinhold Kreßmann (Bürgermeister Rielingshausen).

man darüber erstaunt: »Die Gemeinderatsmitglieder nehmen von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis, sind aber der Ansicht, dass die letzte Wahl in völlig einwandfreier und fairer Weise durchgeführt worden sei.« Zwei Gemeinderäte sprachen sich explizit gegen eine Wahlwiederholung aus, fügten sich aber auf Anraten von Bürgermeister Kreßmann.

Am 5. Juni 1972 fanden also fünf Wahlgänge mit jeweils einem Bewerber statt, der natürlich gewählt wurde. So wurden die bisherigen Rielingshäuser Gemeinderäte Hans Wahl, Fritz Häußermann, Walter Stirm, Adolf Wildermuth und Ernst Ruoff Vertreter der Gemeinde Rielingshausen im Gemeinderat der Stadt Marbach. Da bisher nur Vertreter der Freien und der Unabhängigen Wählervereinigung im Rielingshäuser Gemeinderat vertreten waren, mussten sich drei der neuen Gemeinderäte anderen Fraktionen anschließen. Stirm und Wildermuth gingen zur CDU, Häußermann zur SPD.

Bürgermeister Hermann Zanker teilte kurz vor der Eingemeindung den »lieben Einwohnern von Rielingshausen« auf sechs Seiten die Änderung von Zuständigkeiten bei der Erledigung von Verwaltungsaufgaben und weitere Neuerungen mit. Unter Punkt 14 ist zu lesen: »Die Omnibusverbindung mit Marbach a.N. wird ausgebaut und verbessert. Als Endstufe wird die Einrichtung eines Stadtverkehrs mit starrem Fahrplan angestrebt. Die ersten Verbesserungen bringt der Winterfahrplan, der am 1. Oktober 1972 in Kraft tritt.«

Es gab auch Gegner der Eingemeindung, doch kann aufgrund der Quellenlage vermutet werden, dass Rielingshausen zwei Jahre später womöglich zwangseingemeindet worden wäre. Hans Wahl schrieb dazu: »Man kann dabei spekulieren, ob Rielingshausen Steinheim an der Murr oder Marbach am Neckar zugeordnet worden wäre. Oder ob es gar eine Gemeindefusion mit Kirchberg an der Murr gegeben hätte.«

Kurz nach der Eingemeindung

Der bisherige Bürgermeister Reinhold Kreßmann war bis 31. August 1972 als Ortsvorsteher im Amt und wechselte dann in die freie Wirtschaft. Als neuer Ortsvorsteher wurde der bisherige Gemeinderat Diplom-Gartenbauingenieur (FH) Hans Wahl gewählt.

1972 betrug der ordentliche Haushalt in Einnahmen und Ausgaben knapp über 1 Million DM und der außerordentliche Haushalt 708 000 DM. Seit der Währungsreform 1948 hatte sich das Haushaltsvolumen um das 21-fache erhöht. Vor diesem Hintergrund war der Investitionsplan als Teil des Eingemeindungsvertrages von Bedeutung. Die Stadt Marbach hatte sich verpflichtet, die in diesem Plan enthaltenen Investitionen innerhalb von sieben Jahren zu tätigen. Folgende Vorhaben waren vorgesehen (alle Angaben gerundet in DM):

– Umbau des ehemaligen Farrenstalls zu einem Feuerwehrhaus: 150 000;
– Renovierung des Rathauses und Schaffung weiterer Büroräume: 100 000;
– Sicherung der Wasserversorgung durch Errichtung eines Hochbehälters: 750 000;
– Ausbau der Ortsstraßen gemäß vorhandenem Gemeinderatsbeschluss: 200 000;
– Erschließung des Neubaugebiets Forst: 100 000;
– Erweiterung der Gemeindehalle mit Einrichtung einer Wohnung: 200 000;
– Erschließung des Neubaugebiets Egelsee (durch Erschließungsbeiträge nicht abgedeckt): 250 000;
– Neubau einer vierklassigen Grundschule: 1 Million;
– Bau eines Kindergartens im Gewann Egelsee: 400 000;
– Ausbau des Verbindungsweges zum Hinterbirkenhof: 100 000;
– Ausbau des Sportplatzes: 100 000;
– Ausbau der restlichen Feld- und Waldwege: 100 000;
– Unterhalt der in der Flurbereinigung geschaffenen Einrichtungen: laufend wiederkehrend.

Eine gern genommene Zuwendung des Landes Baden-Württemberg betraf die sogenannte Fusionsprämie, die Gemeinden bei einer Eingemeindung oder einem Zusammenschluss erhielten. Diese Sonderzuweisung betrug für die Eingemeindung Rielingshausen 3,3 Millionen DM, von denen nach Abzug der Umlage noch 2,3 Millionen DM übrigblieben. Dieses Geld kam mit Zustimmung Marbachs vollständig dem neuen Stadtteil Rielingshausen zugute.

Die finanziellen Erwartungen der Rielingshäuser Bürger waren hoch und man war gespannt, ob die Stadt Marbach diese erfüllen konnte. Hans Wahl schreibt dazu: »Aber zur Ehre der Stadt Marbach am Neckar sei vorweg gesagt, dass der Investitionsplan, der Bestandteil des Eingemeindungsvertrages war, voll erfüllt wurde. Ja, es wurden sogar zusätzliche Dinge in Rielingshausen gemacht.«

Wichtig für Rielingshausen war die Vertretung im Gemeinderat der Schillerstadt. Bis heute wird insbesondere an der unechten Teilortswahl festgehalten, die Rielingshausen eine bestimmte Zahl an Gemeinderatssitzen garantiert. Ebenso wurde zugesichert, dass die örtliche Verwaltungsstelle erhalten bleibt. Die neue Ortschaftsverfassung sah einen Ortsvorsteher mit Ortschaftsrat vor, die zu allen wesentlichen Dingen, die Rielingshausen betreffen, gehört werden mussten.

Neben Verwaltung und Finanzen sollte auch die Bürgerschaft mit ihren elementaren Bedürfnissen berücksichtigt werden. Ein wichtiger Punkt für die neuen Marbacher Bürger war die im Eingemeindungsvertrag festgeschriebene Wahrung der Eigenart der Ortschaft. Um das Zusammenwachsen der beiden Kommunen zu fördern, wurde am 23. September 1972 ein gemeinsames Bürgerfest auf dem Rielingshäuser Rathaus-

platz veranstaltet. Maßgeblich waren daran die Vereine vor Ort beteiligt. Zahleiche Marbacher strömten zu ihren neuen Mitbürgern und verhalfen dazu, dass das Fest ein voller Erfolg wurde.

Fast ein Jahr nach der Eingemeindung monierte Ortsvorsteher Hans Wahl im April 1973, dass der zugesagte Inspektor für die Verwaltungsstelle immer noch fehle. Bürgermeister Heinz Georg Keppler, der zwei Monate zuvor zum Nachfolger von Hermann Zanker gewählt worden war, antwortete, »es sei überhaupt keine Frage, dass der Stadtteil Rielingshausen ordnungsgemäß betreut werden muss. Es kann auch dem Ortsvorsteher nicht zugemutet werden, Verwaltungsarbeiten zu erledigen. Er verspricht alles zu tun, um für die Besetzung der Verwaltungsstelle Rielingshausen einen gangbaren Weg zu finden.«

Erdmannhausen und Marbach als Problemfall bei der Zielplanung

Das Regierungspräsidium hatte die Eingemeindung von Rielingshausen nach Marbach trotz fehlender gemeinsamer Markungsgrenze genehmigt. Dabei wurde jedoch vorausgesetzt, dass die bisherige Zielplanung verwirklicht würde, die eine Einheitsgemeinde Marbach-Erdmannhausen vorsah.

Bei einer Versammlung in Erdmannhausen am 6. Juli 1973 ging es hoch her, wie aus den Aufzeichnungen von Hans Wahl hervorgeht. So fielen Sätze wie »Marbach geht es um sich selbst und darum, dass sich Marbach seine Finanzen aufbessern kann und darum, dass Marbach 4000 Einwohner mehr hat. Marbach ist doppelt so stark verschuldet wie Erdmannhausen.« Gemeinderat H. äußerte: »Mit der Exklave Rielingshausen will man aber Erdmannhausen vergewaltigen.« Gemeinderat S.: »Wir haben keinen Schillergeist. Wir wollen die Finanzkasse von Marbach nicht aufbessern.« Ein Herr H. sagte: »Der neue Bürgermeister will einen OB-Posten. In Stuttgart sollen sie wissen, dass wir nicht alles fressen, was sie uns vorsetzen.«

Aus Marbach schrieb Stadtrat Elmar Weber sogar einen mehrseitigen Brief an den Ministerpräsidenten Hans Filbinger, da er die ablehnende Haltung des Landtagsabgeordneten Lothar Späth bedauerte, auf dessen Linie jetzt auch die Abgeordneten Albrecht und Weyrosta eingeschwenkt seien. Der neue Bürgermeister Heinz Georg Keppler verfasste ein dreiseitiges »Wort aus Marbach zur Gemeindereform«, das auch in der Presse veröffentlicht werden sollte. Insbesondere ging es darum, den Erdmannhäuser Argumenten gegen die Eingemeindung den Wind aus den Segeln zu nehmen. So wurde z. B. die angeblich doppelte finanzielle Leistungskraft Erdmannhausens (393,81 DM pro Einwohner im Jahr 1973) widerlegt: in Marbach waren es 442,27 DM pro Einwohner. Auch andere Behauptungen der Bürgerversammlung vom 6. Juli wurden widerlegt.

Seine Weitsicht zeigte der junge Bürgermeister schon damals: »Es geht dabei um Entscheidungen, die nicht nur für die nächsten 5 bis 10 Jahre, sondern auf viele Jahrzehnte ihre Auswirkungen haben werden. Bürger, Gemeinderäte und Bürgermeister, die heute an diesen Entscheidungen beteiligt sind, tragen damit eine schwere Verantwortung, weil ihre Haltung später sicher einer kritischen Beurteilung unterliegen wird – einer Beurteilung, die schon wegen des zeitlichen Abstandes frei sein wird von den gefühlsmäßigen Erwägungen, die jetzt noch vielfach die Diskussion beherrschen. Die heranwachsende Generation wird allein danach fragen, ob 1973 eine zukunftsgerechte Entscheidung getroffen wurde; die augenblickliche Stimmungslage der Beteiligten wird sie nicht mehr interessieren.« Er schloss mit dem Sprichwort: »Eines Mannes

Erdmannhausen, blühendes Gemeinwesen mit 4 000 Einwohnern, erstmals urkundlich erwähnt vor über 1 000 Jahren.

Hervorragende öffentliche Einrichtungen wie neues Rathaus, Kindergärten, Schule, großzügige Sportanlagen, Tennisplätze, Schießsportanlage, Kinderspielplätze, Kläranlage, Arzt, Zahnarzt, Apotheke am Ort, Freizeiteinrichtungen, überdurchschnittliches aktives Vereins- und Gemeindeleben, aktiver Gemeinderat, Verwaltung gut, Service für die Bürgerschaft gut, die Gemeinde steht finanziell auf gesunden Beinen.

Der Bürger fühlt sich wohl in Erdmannhausen. Dem will die Stadt Marbach ein Ende setzen und der verbündete Innenminister Schiess ebenfalls.

Erdmannhausen - ab 1. Januar 1975 also eine Fata - Morgana ?

KEINESFALLS, wenn wir am 20. Januar 1974 geschlossen zur Abstimmung gehen.

KEINESFALLS, wenn wir mit einem eindeutigen

gegen die zwangsweise Eingemeindung stimmen.

KEINESFALLS wenn wir auch bei dieser Abstimmung denselben Zusammenhalt zeigen, wie bei der Bürgeranhörung am 15. Juli 1973.

Deshalb: Der verantwortungsbewußte Bürger überläßt die Entscheidung über die Selbständigkeit nicht anderen, sondern entscheidet selbst durch Stimmabgabe am 20. Januar 1974.

Ein kämpferischer Aufruf im Erdmannhäuser Mitteilungsblatt vom 10. Januar 1974.

Rede ist keines Mannes Rede, man muss sie hören alle beede.«

Die Bürgeranhörung in Erdmannhausen ergab dennoch ein klares Votum gegen Marbach, weshalb Bürgermeister Keppler dem damaligen Staatssekretär Erwin Teufel schrieb, der am 24. Juli antwortete, dass bei der Zielplanung weiterhin die Eingliederung von Erdmannhausen nach Marbach vorgesehen sei. »Ich habe mich für diese Lösung eingesetzt, nachdem Sie mich davon überzeugt haben, dass die Stadt Marbach die Gemeinde Erdmannhausen zu ihrer Entwicklung braucht.« Auch an den Landtagsabgeordneten Claus Weyrosta wandte sich Keppler am 24. Juli 1973: »Erdmannhausen und Marbach sind ein Problemfall bei der Zielplanung, mit dem sich aus heutiger Sicht wohl auch der Landtag bei der Schluss-Gesetzgebung zur Gemeindereform wird befassen müssen.«

Nach dem Beschluss der Kabinettssitzung vom 19. Juli sollte Erdmannhausen definitiv nach Marbach eingegliedert werden. Ein Marbacher Stadtrat bemerkte, man solle »sich von Erdmannhausen in dieser Frage nicht provozieren lassen. Er habe den Eindruck, dass ein Teil der dortigen Bewohner

bereits langsam resigniere. Nur noch einige Großfamilien würden massiv gegen Marbach eintreten.«

So war man offensichtlich auf der Zielgeraden und der Eingemeindungsvertrag samt Aufgabenkatalog wurde vorbereitet. Doch sehr überraschend erklärten bei einer Bürgerversammlung am 22. September 1973 in Erdmannhausen die Abgeordneten Späth und Weyrosta, dass sie »im Landtag entgegen dem Kabinettsbeschluss zur Zielplanung für die Selbstständigkeit Erdmannhausens eintreten werden«.

Am 20. Januar 1974 fand eine Bürgeranhörung statt mit der Fragestellung: »Sind Sie für die Vereinigung der Stadt Marbach am Neckar mit der Gemeinde Erdmannhausen zu einer neuen Stadt?« Von 8253 Marbacher »Anhörungsberechtigten« gaben nur 2117 ihre Stimme ab. Neben zehn ungültigen Stimmen zählte man 1911 Ja-Stimmen und 196 Nein-Stimmen. In Erdmannhausen hingegen ergab die Abstimmung bei einer Wahlbeteiligung von rund 75 Prozent über 90 Prozent Nein-Stimmen.

Nun wurden letzte, nahezu verzweifelte Versuche unternommen, das Rad in die gewünschte Richtung zu lenken. Ein Marbacher Bürger wandte sich in Briefen an den Bundespräidenten und andere hochrangige Politiker und wollte sogar das Fernsehen für eine Stellungnahme gewinnen. Doch nichts half mehr. Der Gemeinderat der Stadt Marbach musste zur Kenntnis nehmen, dass die Landtagsfraktionen der CDU, SPD und FDP sich gegen die Fusion von Marbach und Erdmannhausen aussprachen. Die Gemeinde blieb selbstständig.

In Marbach war die Enttäuschung über das sicher geglaubte Erdmannhausen groß. So titelte die »Stuttgarter Zeitung« am 24. Juni 1974 »Die enttäuschten Marbacher schlagen jetzt zurück«. »Sie sollen nicht denken, dass sie mit Marbach machen können, was sie wollen«, sagte Amtsrichter Dr. Rainer Engelhardt, der Sprecher der Freien Wähler. Letzter Streitpunkt war die gemeinsame Verwaltung der Hauptschule. Bürgermeister Keppler appellierte mit »Engelszungen« an sein Gremium, sich nicht aus Kummer über die missratene Eingemeindung in den Schmollwinkel zurückzuziehen. Trotz »jahrelangen Absagen, Beleidigungen und Ohrfeigen«, so Dr. Gerhard Kopf, FWV, mache man mit der gemeinsamen Verwaltung der Hauptschule ein Friedensangebot.

Affalterbach, Benningen und Poppenweiler stehen zur Disposition

Gemeinsam mit Erdmannhausen lehnte Benningen im Mai 1973 Eingemeindungsgespräche mit Marbach ab. Benningens Gemeinderäte sprachen gar von »Marbacher Machtgelüsten«. Ein Benninger Ratsherr äußerte: »Eher trocknet der Neckar aus, als dass wir freiwillig mit Marbach fusionieren.« Auf einen Leserbrief des Benninger Gemeinderats in der »Marbacher Zeitung« vom 18. Mai 1973 reagierte Martin Hohnecker in der »Stuttgarter Zeitung« vom 17. Mai 1973: »Den Benningern schwoll der Kamm, und sie entwickelten jene Rauflust, für die sie der Volksmund rühmt. Man stimmte aus voller Brust ein garstig Lied auf den Marbacher Schultes Keppler an, einen zwar nicht ganz durchblickenden, dafür aber unverfrorenen, annexionslüsternen, auf den Oberbürgermeisterposten schielenden undelikaten Gesellen, der sich benehme, wie ein Elefant im Porzellanladen, dabei aber nur von seinen Haushaltsschwierigkeiten ablenken wolle.«

Im August 1973 hieß es immer noch: »Benningen und Affalterbach fühlen ihre Existenz bedroht«. Erdmannhausen hingegen könne man nach Marbach eingemeinden. Anders dachte man in Poppenweiler, wo Ende September 1973 eine Bürgerversammlung stattfand. Eine Eingemeindung Poppenweilers nach Ludwigsburg komme

nicht in Frage, sondern eher ein Anschluss an Marbach, zumindest an den Verwaltungsverband. Man fühlte sich, so ein Bürger, an die Zeiten der Raubritter erinnert. »Unsere Enkel werden uns später vorwerfen: Ihr habt uns für ein Zuckerbrot verschenkt.« Poppenweiler sei, so war zu lesen, eine »Gretchenfrage im Zielplanungs-Karussell«.

Da Poppenweiler mehrheitlich nach Marbach tendierte, wurde eine vom dortigen Gemeinderat beschlossene Bürgeranhörung für dem 16. Dezember 1973 vom Landratsamt Ludwigsburg untersagt. Bürgermeister Schreiber bezeichnete dies als »Unterbindung eines demokratischen Anhörungsverfahrens«. So wurde Poppenweiler zum Zankapfel, und Landrat Dr. Ulrich Hartmann bezeichnete Poppenweiler als »Grenzfall«. Das Landratsamt favorisierte einen Anschluss an den Verwaltungsraum Aldingen, wohingegen die Landesregierung eine Eingemeindung nach Ludwigsburg anstrebte. Der Poppenweiler Bürgermeister Schreiber hingegen wollte, wie viele Bürger auch, die Einbindung in eine Verwaltungsgemeinschaft mit Marbach. Poppenweiler erklärte sich daraufhin mit einem eindeutigen Bürgervotum und einem Gemeinderatsbeschluss von 8:4 gegen die Eingemeindung nach Ludwigsburg.

In einer Pressekonferenz am 26. März 1974 betonte Bürgermeister Schreiber noch einmal, dass Poppenweiler »markungsmäßig und von Topografie und soziologischer Struktur her weit enger mit Marbach als mit Ludwigsburg verbunden« sei. Aber die Landesregierung entschied sich für den Anschluss an Ludwigsburg, der dann am 5. Juni 1974 vollzogen wurde.

Bis zuletzt wurde noch gerungen, wie man im Umfeld von Marbach eine Einigung ohne Zwangseingemeindungen erreichen könnte. Diese wären für Affalterbach und Benningen zum 1. Januar 1975 erfolgt. Der 1. Juli 1974 hingegen war der Stichtag für den freiwilligen Zusammenschluss von Gemeinden und damit auch für die Auszahlung einer Prämie. So ging alles plötzlich recht schnell. Am 1. Juli 1974 titelte die »Ludwigsburger Kreiszeitung«: »Nach dreitägigen Verhandlungen: Im Raum Marbach alles klar«. Die Schillerstadt bildete fortan mit den Gemeinden Affalterbach, Benningen und Erdmannhausen einen Verwaltungsverband.

Die ersten Jahre der Rielingshäuser als Marbacher Bürger

Gleich der erste Beschluss des neuen Ortschaftsrats wurde von vielen Vereinen erfreut aufgenommen. Nachdem in Marbach bereits seit Kurzem der »Nulltarif« für die Nutzung aller Sporthallen galt, wurde dies auch für die Gemeindehalle Rielingshausen übernommen.

Eine der dringendsten Aufgaben war, wie auch im Eingemeindungsvertrag festgeschrieben, der Umbau des Farrenstalls zum Feuerwehrgerätehaus im Jahr 1973/74. Maßgeblichen Anteil daran hatte Günter Trefz, der von 1963 bis 1978 Feuerwehrkommandant war. 1988 erhielt er die Ehrennadel des Landes Baden-Württemberg.

Im Eingemeindungsvertrag war, wie oben bereits ausgeführt, ein großzügiger Investitionsplan enthalten. Zügig ging die Schillerstadt an die Umsetzung, beispielsweise durch den Vollausbau fast sämtlicher Ortsstraßen inklusive der Errichtung von Gehwegen. Dies betraf die Forststraße, Burgstraße, Paul-Gerhardt-Straße, Ludwig-Hofacker-Straße, Alleenstraße, Lange Straße, Königstraße, Lindenstraße, Triebstraße und den Rathausplatz, der zudem einen Brunnen erhielt. Auch die Straße zum Hinterbirkenhof wurde ausgebaut, allerdings ohne Vollausbau.

Gleich nach der Eingemeindung begann die Stadt Marbach mit der Erschließung des

mehrere Abschnitte umfassenden Gewerbegebietes »Forst«. Auch das 11,5 Hektar große Baugebiet Egelsee sollte verwirklicht werden, jedoch musste vor der Erschließung die Wasserversorgung grundlegend geändert werden. Hierfür wurde vom Hochbehälter Kirchberg eine Fallleitung nach Rielingshausen errichtet. Auch mussten zahlreiche Streitpunkte mit den Eigentümern der Grundstücke geklärt werden, wobei der Erfolg der Verhandlungen in erster Linie dem Marbacher Bürgermeister Keppler zu verdanken war. Schließlich konnte 1978 mit den Bauarbeiten begonnen werden.

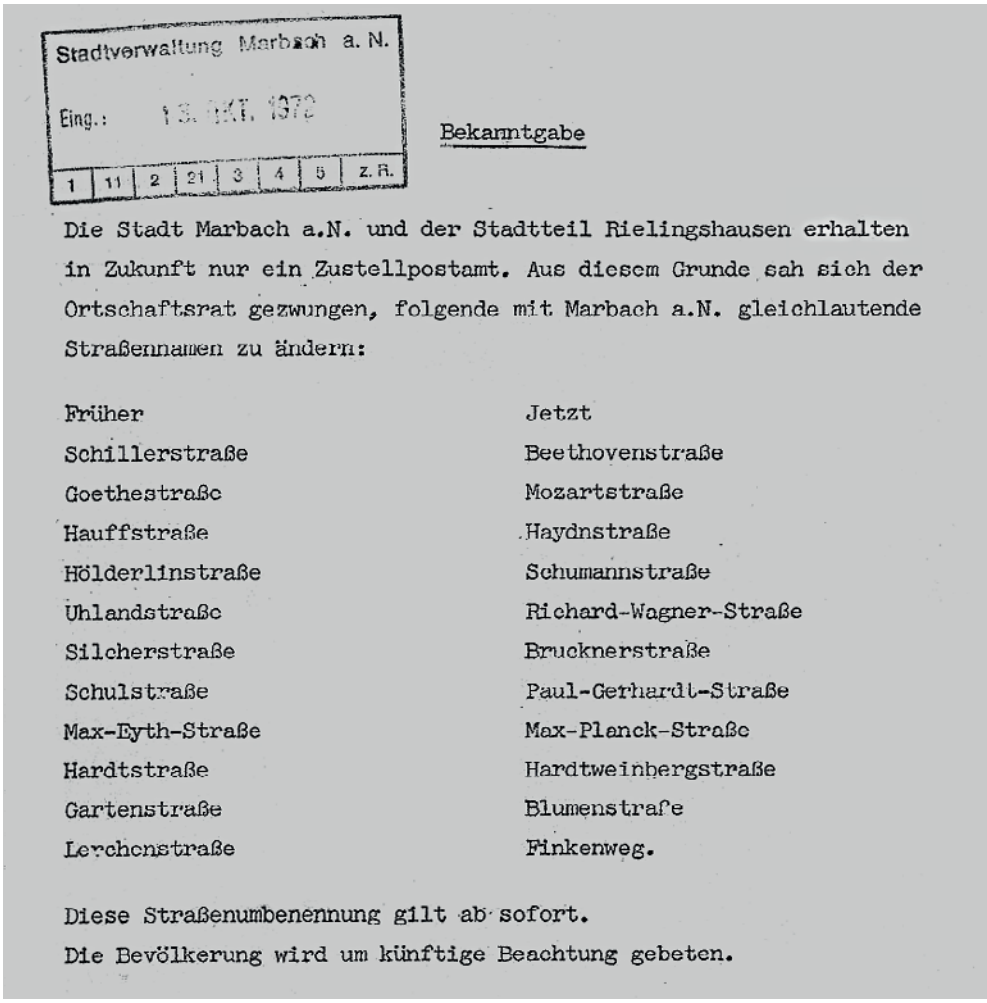
Das seit Ende der 1960er Jahre erscheinende einfache Ortsmitteilungsblatt, das auf dem Rathaus vervielfältigt wurde, ersetzte man durch das professionelle Ortsmitteilungsblatt des Nussbaum-Verlags. Die erste Ausgabe erschien am 8. Dezember 1972. Ein weiteres Druckerzeugnis war das 1973 unter Regie von Paul Hild im Walter-Verlag gedruckte Heimatbuch, das die 1935 erschienene erste Ausgabe von Schulleiter Thomas Bauser ersetzte. Einem lang gehegten Bürgerwunsch folgend eröffnete 1975 eine provisorische Bücherei im Obergeschoss des Rathauses, die nach einem Umbau 1977 fast das gesamte Erdgeschoss belegen durfte.

Eine große Zäsur war 1974 die Verabschiedung von Pfarrer Hermann Seeger, der seit 1940 in Rielingshausen Ortspfarrer war. Auf ihn folgte Pfarrerin Christa Lange (bis 1983). Das Anfang 1975 eingeweihte CVJM-Heim entstand in den Jahren 1973/74 anstelle der ehemaligen Zehntscheuer. Die Rielingshäuser Katholiken, die seither zu Kirchberg gehört hatten, wurden 1977 nach Marbach umgepfarrt.

Aber auch im schulischen Bereich gab es Änderungen. Der Ortschaftsrat stellte den Antrag, dass die Schüler der Klassen 5 bis 9 von Kirchberg nach Marbach umgeschult werden sollten, was zum 1. September 1973 genehmigt wurde. 1977/78 erhielt die Grundschule eine Generalsanierung. Ein Nachteil für die Kinder war ein fehlender Sportplatz. Hier kam Abhilfe durch einen 1974 angelegten Bolzplatz südwestlich der Gemeindehalle. Dazu gesellte sich zwei Jahre später der erste Rielingshäuser Kinderspielplatz.

Ein großes Fest war die 1200-Jahr-Feier im Jahr 1976 anlässlich der urkundlichen Erstnennung 776. Die zahlreichen Aktivitäten umfassten von Mai bis Oktober eine Bilder- und Heimatausstellung im Feuerwehrgerätehaus und im Rathaus, eine gemeinsame Veranstaltung aller Vereine in der Stadthalle am 22. Mai, eine Rundfunksendung der musizierenden Vereine am 3. Juni, einen Festabend in der Gemeindehalle am 12. Juni, ein Bürgerfest mit historischem Festzug sowie Kinderfest von 19. bis 21. Juni, eine Veranstaltung der landwirtschaftlichen Genossenschaft in der Gemeindehalle mit Weinprobe am 4. September, eine Ausstellung in und vor der Gemeindehalle über Landwirtschaft, Handwerk, Gewerbe und Handel am 25. und 26. September, ein Gemeindefest mit Metzelsuppe in der Gemeindehalle am 23. und 24. Oktober und schließlich am 30. Oktober einen Großen Zapfenstreich vor dem Kriegerdenkmal und dem Rathaus. Den Großteil der Organisation übernahm Anneliese Schaupp, die von 1975 bis 1993 Rathausangestellte war. Im Schwunge dieser Ereignisse wurde im Jahr 1978 ein Förderverein für ein Heimatmuseum unter dem Vorsitz von Ortsvorsteher Hans Wahl gegründet. Auch wurde nach historischem Vorbild 1979 im Zuge der Dorfsanierung ein nachgebauter Brunnen in der Langen Straße aufgestellt und nach Paul Hild benannt.

1974 zog der Maler Fritz Genkinger nach Rielingshausen, wo er bis 1995 in der Beethovenstraße wohnte. Dem Leben und Werk des 2017 verstorbenen Künstlers ist das Fritz-Genkinger-Kunsthaus in Marbach gewidmet.



Stadtverwaltung Marbach a. N.
Eing.: 13. OKT. 1972
1 | 11 | 2 | 21 | 3 | 4 | 5 | z. R.

Bekanntgabe

Die Stadt Marbach a.N. und der Stadtteil Rielingshausen erhalten in Zukunft nur ein Zustellpostamt. Aus diesem Grunde sah sich der Ortschaftsrat gezwungen, folgende mit Marbach a.N. gleichlautende Straßennamen zu ändern:

Früher	Jetzt
Schillerstraße	Beethovenstraße
Goethestraße	Mozartstraße
Hauffstraße	Haydnstraße
Hölderlinstraße	Schumannstraße
Uhlandstraße	Richard-Wagner-Straße
Silcherstraße	Brucknerstraße
Schulstraße	Paul-Gerhardt-Straße
Max-Eyth-Straße	Max-Planck-Straße
Hardtstraße	Hardtweinbergstraße
Gartenstraße	Blumenstraße
Lerchenstraße	Finkenweg.

Diese Straßenumbenennung gilt ab sofort.
Die Bevölkerung wird um künftige Beachtung gebeten.

Im Oktober 1972 mussten einige Rielingshäuser Straßen umbenannt werden.

Jubiläen 1982, 1992 und 1997

Unter dem Titel »10 Jahre Zugehörigkeit von Rielingshausen zur Stadt Marbach a.N.« hielt Ortsvorsteher Hans Wahl bei der Jubiläumssitzung des Gemeinderats am 24. Juni 1982 eine Ansprache. »Für uns Rielingshäuser«, so Wahl, »hat sich damals zunächst die Kreiszugehörigkeit geändert. Vor 1938 gehörten wir zum Oberamt Marbach, dann von 1938 bis 1972 zum Kreis Backnang und ab 1972 zählten wir zum Landkreis Ludwigsburg. Wir haben in diesem Jahrhundert einem Grenzvolk geglichen, das hin- und hergeschoben wurde.«

Sodann gab Hans Wahl einen Rückblick auf die Ereignisse bis zur Eingliederung sowie auf die erfüllten Zusagen des Investitionsplanes. Er resümierte: »Ich glaube, mit der Erfüllung dieses Aufgabenkatalogs hat die Stadt Marbach auch die Zweifler vom Jahr der Eingemeindung überzeugt. Wäre Rielingshausen selbstständig geblieben, hätten diese Investitionen aus eigener Kraft in sehr langem Zeitraum nicht getätigt werden können.« Der Marbacher Bürgermeister

Heinz Georg Keppler erwiderte: »Rielingshausen ist eine blühende Ortschaft, das dörfliche Leben ist intakt, Brauchtum, Feste und Gewohnheiten haben sich erhalten, das kirchliche Leben ist unverändert, die Vereine sind lebendig, die Schule ist am Ort geblieben und auch das Rathaus hat seinen Platz behalten – auch als politische Institution.«

1992 wurde das »20-jährige Eingemeindungsjubiläum« mit einem Kelterfest gefeiert, da zugleich die sanierte Rielingshäuser Kelter eingeweiht wurde. Im Mitteilungsblatt erschien eine Sonderbeilage. Während 1982 von eine »glücklichen Ehe« die Rede war, wurde die Eingemeindung jetzt als »Vernunftehe« bezeichnet. Bürgermeister Keppler bezeichnete Ortsvorsteher Wahl, der mit der Gemeindemedaille des Gemeindetags Baden-Württemberg ausgezeichnet wurde, als »Motor des Zusammenschlusses« und »Mentor seiner Heimatgemeinde«.

1997 hielt der erst wenige Monate amtierende Bürgermeister Herbert Pötzsch in der Sitzung des Gemeinderats am 24. Juli 1997 eine Rede mit dem Titel »25 Jahre Zugehörigkeit Rielingshausen zu Marbach am Neckar«. Er wunderte sich, dass ihn niemand im Wahlkampf auf eine Jubiläumsfeier angesprochen habe. Aber er führte es schmunzelnd darauf zurück, dass man fünf Jahre zuvor groß gefeiert habe und die schwäbische Sparsamkeit es verbiete, nach so kurzer Zeit schon wieder zu feiern. Und

Ein kurioser Fehldruck des Ortsschildes war eine Zeitlang am Ortsausgang Richtung Kirchberg zu sehen.

weiter: »Dieser Schritt war keine Liebesheirat, sondern eher eine Vernunftehe, weil es die sogenannte Zielplanung des Landes erzwungen hat. Diese Zielplanung war eher technokratisch angelegt. Eines ihrer Hauptanliegen war die Stärkung der Verwaltungskraft. Argumente, wie Tradition, Geschichte oder bürgerschaftliche Identifikation mit der Heimat, haben dabei keine oder nur eine sehr geringe Rolle gespielt.«

Bürgermeister Pötzsch schloss seine Rede mit den Worten: »Der Anfang wurde erfolgreich gemeistert. Aber unsere gemeinsame Zukunft hat eben erst begonnen. Wir müssen weiter miteinander arbeiten, um sie zum gemeinsamen Nutzen zu gestalten.«

Quellen und Literatur

Stadtarchiv Marbach: RhA 541, 542, 546, 562 563; Altregistratur AZ 006.4, 020.11, 025.1; Zeitungsauschnittsammlung; Historisch-Genealogische Sammlung Nr. 63; Nachlass Paul Hild.

Albrecht Gühring und Hans Wahl (Hrsg.): Rielingshausen. Vom fränkischen Adelssitz zum Marbacher Stadtteil, Marbach 1996.

Theodor Bolay: Chronik von Poppenweiler, Bietigheim 1974.

Sonderdruck

aus Ludwigsburger Geschichtsblätter

Bd. 76/2022

Stadt und Kreis Ludwigsburg